



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/71

27. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Adenauers Geburtstagsspenden	S. 1
US-Kriegsschiffe im Mittelmeer	S. 3
Schweizer Staatsschutzgesetz gegen Kommunisten	S. 4
Bruno Leddin	S. 6
Diplomatische Brosamen für die SPD?	S. 7

Sammelstelle für militätätige Einrichtungen . . .

e. Innenminister Dr. Lehr hat die Anfrage der SPD betr. die Spenden zum 75. Geburtstag des Bundeskanzlers, Aussenministers, CDU-Vorsitzenden und Abgeordneten Dr. Adenauer beantwortet. Es handelte sich um zwei Spenden. Die eine kam vom Bundesverband der Deutschen Industrie, die andere formal von Mitgliedern der CDU. Die Bundesregierung hält beide Sammlungen für statthaft und betont, dass nach dem Sammlungsgesetz vom 5. November 1934 (!) eine Genehmigungspflicht nicht erforderlich sei. Sie irrt; denn selbst nach diesem Gesetz sind öffentliche Sammlungen genehmigungspflichtig. Und ist es etwa keine "öffentliche Sammlung", wenn z.B. im lokalen Teil der "Bonner Rundschau" nicht nur die CDU-Mitglieder, sondern auch die Freunde und Förderer der Partei aufgefordert wurden, ihr Schärfflein zum Geburtstag des Parteichefs beizutragen?

Die eingegangenen Gelder stehen formal dem CDU-Vorsitzenden und nicht dem Bundeskanzler Adenauer "für politische Zwecke" zur Verfügung. Wie soll jedoch verhindert werden, dass der Kanzler

dem CDU-Vorsitzenden sagt, für welche "Zwecke" das Geld zu verwenden ist?

Für die Spenden der Industrie, so meint Lehr, gelte Adenauer - diesmal der Bundeskanzler - nur als "Sammelstelle für eine Reihe von mildtätigen und wissenschaftlichen Einrichtungen". Fürwahr eine österliche Bezeichnung, die mit dieser "Sammelstelle" gefunden wurde. Der Bundeskanzler soll lediglich entscheiden, welche Einrichtung wieviel Geld bekommt, und dann werden die Spender von den jeweiligen Einrichtungen eine Empfangsbescheinigung erhalten. Warum haben dann die Mäzene und caritativen Männer der Industrie ihre Spender nicht direkt den mildtätigen und wissenschaftlichen Einrichtungen überwiesen?

Über die Höhe der eingegangenen Spenden schweigt der Innenminister unter Berufung auf das Bankgeheimnis, was allerdings nicht verhindern konnte, dass die CDU-Presse vor einigen Wochen bereits Summen von etwa 150.000.- DM aus der Spende der "Mitglieder" meldete. Die Endsumme und die Auswahl der "politischen Zwecke", sowie der einer Adenauer-Spende würdigen "Einrichtungen" wird also der Öffentlichkeit verbergen bleiben. Die ganze Peinlichkeit der Sammelaktion bleibt.

Von den rein sachlichen Einwänden gegen die Antwort der Regierung auf die SPD-Anfrage abgesehen, wird in der Bevölkerung das Gefühl weiter wirken, dass die Adenauer-Spende nicht zu dem Inhalt einer Demokratie passt. Es ist keineswegs nur eine Frage des Geschmacks, ob ein Regierungschef es zulässt, dass für ihn Geld gesammelt wird. Nicht immer heiligt ein politischer Zweck die Mittel. Auch dann nicht, wenn der Parteichef das Geld nur verwenden wollte, um dem Bundeskanzler schon zu Lebzeiten ein Denkmal zu errichten, was letzterer nach Auffassung des CDU-Vorsitzenden gewiss verdient hätte. Leider werden jedoch die tatsächlichen Verwendungszwecke nicht so offensichtlich sein.

Amerika im Mittelmeer

H.St., Washington, Ende März.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird in nicht allzulanger Zeit das Bündnissystem des Nordatlantik-Paktes um zwei zusätzliche neue Staaten erweitert werden: Griechenland und die Türkei, die beide in den letzten Wochen mit steigendem Nachdruck um Mitgliedschaft im Atlantikpakt nachgesucht haben. Die Form dieser Mitgliedschaft ist noch nicht entschieden, z.T. kreist die Debatte auch um Gedanken, die dem alten Lieblingsprojekt Ernest Bevins, einem "Mittelmeerpakt" als Ergänzung zum Atlantikpakt, ausserordentlich ähnlich sehen.

Amerika hat das Mittelmeer im Rahmen seiner Politik entdeckt, "Situationen von Stärke" überall auf Erden zu schaffen, um vor unerwarteten Aggressionen aus dem Sowjetlager sicher zu sein. Das östliche Mittelmeerbecken und die anschliessende orientalische Landgruppe sind in diesem System nach amerikanischer Ansicht ein schwaches Glied. Die sieben Staaten der arabischen Staatengruppe haben sich ausnahmslos geweigert, irgendwelche feste diplomatische Vereinbarungen mit den Westmächten in Bezug auf eine gemeinsame Verteidigung gegen Sowjetaggressionen zu treffen; lediglich drei Flugzeugstützpunkte bestehen in der Nähe der wichtigen arabischen Petroleumfelder. Amerikanische Diplomaten haben mit dem Gedanken gespielt, den Atlantikpakt in irgendeiner Form auf Israel auszu dehnen, aber angesichts der Spannung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn hiesse das, jede Hoffnung auf einen Frontwechsel der Araber zu begraben.

Während also die diplomatischen Bemühungen um eine Verstärkung der "Kette" nicht-kommunistischer Staaten auf Hindernisse und Grenzen stossen, die vorderhand schwer überwindbar sind, waren die Militärs etwas erfolgreicher. Militärisch gesehen, ist die Schutz- und Aufsichtsmacht Nummer Eins für das Mittelmeer nicht mehr England, sondern Amerika, dessen Flotten- und Luftflottenstützpunkte diejenigen Englands zwar nicht verdrängt, sie an Einfluss und Bedeutung aber bereits überflügelt haben. US-Militärstützpunkte gibt es seit

kurzem in Französisch-Marokko, wo sie die Gibraltarstrasse bewachen, sowie bei Tripolis, an der Küste des jungen, noch der Kontrolle eines UNO-Kommissars unterstehenden Königreiches Lybien. Die englischen Häfen und Flugplätze auf den Inseln Malta und Zypern stehen der amerikanischen Flotte sowie kleinen Kampfflugzeug-Staffeln jederzeit zur Verfügung; auf griechischem Boden hat die amerikanische Luftwaffe Benutzungsrechte an einem Flughafen bei Athen, für die beiden griechischen Häfen Piraeus und Salzniki. Und um die Runde abzuschliessen, wird aller Voraussicht nach in allernächster Zeit den Amerikanern ein Truppenstützpunkt am Südufer der türkischen Halbinsel eingeräumt werden.

Rein militärisch ist die neue Schlüsselstellung Amerikas im Mittelmeerraum also sehr eindrucksvoll - und sollte einmal ein russischer Vorstoss in jene Region erfolgen, würde sich der Widerstand recht schnell organisieren lassen. Aber die politisch-moralische Seite des Bildes ist weniger imponierend. Die arabische Welt ist an der westlichen Front desinteressiert und empfindet für die atlantische Verteidigungsgemeinschaft nur höchst wenig Sympathie. Auf der anderen Seite hat die wirtschaftliche Erholung und Gesundung durch den Marshallplan in Ländern wie Frankreich (einschliesslich Algeriens und Tunesiens), Italien und Griechenland Wunder bewirkt, und das allmähliche Umschwenken von Marschall Tito auf die Seite der Westmächte ist politisch wie strategisch ein gleich wichtiger Faktor. Das politische Bild ist also schwankend und unsicher; aber es besteht zum mindesten eine Aussicht, wenn auch keine Gewissheit dafür, dass sich Amerikas Einfluss am Mittelmeer in den kommenden Monaten weiterhin verstärken wird.

+ + +

Die Eidgenossen wehren sich

O.Z. Zürich, im März.

Auch die Schweizer PDA-Kommunisten (Partei der Arbeit) machen keine Ausnahme, sie sind so moskauhörig, wie alle anderen kommunistischen Parteien und auch sie "säubern" sich befehlsgemäss, so dass, wie z.B. in Zürich, ein Fähnlein von sieben Aufrechten als kümmerlicher organisierter Rest bleibt. Dazu kommen nun noch Geldsorgen. Die ohnedies von ständiger Ebbe gezeichnete Parteikasse wird nun durch Prozess-

Strafen noch mehr strapaziert.

Bisher hatten die Schweizer Kommunisten nur im eigenen Lande die Kominform-Parole vertrieben, dass die Eidgenossenschaft ihre Neutralität längst aufgegeben habe und schon endgültig im Lager des USA-Imperialismus, der Truman-Kriegshetzer usw., usw. stehe. Solange Pierre Nicole diese Angriffe in der Schweiz losliess, blieb er ungeschoren, denn bei den politisch aufgeweckten Eidgenossen ziehen solche Parolen nicht. Als aber der Kommunistenführer die gleiche Beschuldigung im Ausland, u.zw. in der tschechoslowakischen Parteizeitschrift "MIR" erhob, sah man in der Schweiz nach dem im vergangenen Jahre verschärften und Anfang Januar in Kraft getretenen Staatsschutzgesetz den Tatbestand des Angriffes auf die äussere Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gegeben.

Ausser dass die Bundesanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Pierre Nicole in Gang gesetzt hat, hat der Bundesrat in corpore Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, weil er sich weder, wie von Pierre Nicole öffentlich behauptet, als "Verräter am Volke" fühlt, noch "das Land in einen antisowjetischen Krieg hineinzieht". In der schweizerischen Öffentlichkeit ist ein Unbehagen über die Anwendung des verschärften Staatsschutzes aufgekommen, aber eine Partei des Auslandes ist eine Gefahr, der frühzeitig begegnet werden muss.

+ + +

Nachrichten aus der Ostzone:

Auch der FDGB hat ein Spitzel-Netz

(sp) Der Bundesvorstand des kommunistischen FDGB hat alle Landesvorstände angewiesen, den Aufbau eines eigenen Volkskorrespondenten-netzes zur Überwachung der Vorgänge in den Betrieben aufzubauen. Besonderer Wert auf die Auswahl der Personen sei in den privaten Betrieben der Sowjetzone zu legen. In einem Rundschreiben wird festgestellt, dass der FDGB seit langem keine vollständigen Angaben über die Entwicklung der Betriebe und die Einstellung der Arbeiter mehr erhalten habe. Als Hauptaufgabe des Volkskorrespondenten des FDGB wird die genaue Beobachtung jedes einzelnen Belegschaftsmitgliedes bezeichnet.

- - -

Gefährliche West-Zeitungen

(sp) Das sowjetzonale Amt für Informationen hat alle Chefredakteure der Ostzone darauf aufmerksam gemacht, dass Journalisten der Sowjetzonenpresse das Lesen westlicher Zeitungen und Illustrierten zu verbieten ist. In geeigneter Form seien die Journalisten darauf aufmerksam zu machen, dass das Lesen von westlichen Zeitungen und anderen "Hetzschriften" den Tatbestand eines Verstoßes gegen das Friedensschutzgesetz darstelle.

- 6 -

+ + +

B r u n o L e d d i n

R.D. Am Freitag trägt die SPD einen Mann zu Grabe, der im Kampf um eine erträgliche Lebenshaltung des deutschen Volkes mit in vorderster Reihe stand. Es ist Bruno Leddin, der am Ostersonntag im Alter von 53 Jahren einem Herzschlag erlag. Bruno Leddin war Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Parteivorstandes der SPD und Landesvorsitzender seiner Partei in Niedersachsen. Ein Mann von seltener Rührigkeit, mit einer Fülle vor allem sozialer Aufgaben betraut, die er mit seltenem menschlichen Verständnis erfüllte.

In unserer an wechsellvollen Begebnissen so reichen Zeit hat Bruno Leddin ein gerütteltes Mass an Schicksalsschlägen getragen. Als Schwerbeschädigter kehrte er aus dem ersten Weltkrieg in seine Pommerische Heimat zurück, der zweite Weltkrieg bohrte ihn aus, nahm ihn den einzigen Sohn und bereite ihm selbst das Schicksal der Ostvertriebenen mit dem Totalverlust all seiner Habe. Es war bezeichnend für ihn, dass er selbst in dieser Situation das Gemeinwohl über sein eigenes stellte und sich der schwierigen Aufgabe der Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge unterzog.

Es war auch kaum jemand besser geeignet, sich dieser Aufgabe zu widmen als Bruno Leddin. Seine organisatorischen Fähigkeiten hatte er 1919 als Angestellter und später Leiter des Wohnungsamtes Stolp-Pommern und 1925-1933 als Organisator der zusammengebrochenen Landarbeiter-Gewerkschaft unter Beweis gestellt. Zugleich Stadtverordneter, später Magistrats-Mitglied in Stolp und Abgeordneter des Provinzial-Landtages stand er sowohl im politischen, wie als Vorsitzender der Ortskrankenkasse im öffentlichen sozialen Leben, aus dem ihn die Nationalsozialisten vertrieben und des Landes verwiesen. Erst 1944 kehrte er nach Pommern zurück.

Auch in Hannover, seiner zweiten Heimat, erwarben seine Sachkenntnis, seine menschliche Wärme ihm bald viele Freunde und schon früh stand er vor neuen und wiederum vorwiegend sozialen Aufgaben: Stadtrat und Landtagsabgeordneter, Leiter des Sozialamtes dieser Halbmillionen-Stadt, Mitglied des Wirtschaftsrates und später in direkter Wahl Bundestagsabgeordneter für Hannover-Nord. Auch im Bundestag hat seine Art segensreich gewirkt. Das kennzeichnet nichts besser als die einstimmige Annahme des Kriegsopferversorgungs-Gesetzes, an dessen Zustandekommen Bruno Leddin als Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen ohne Rücksicht auf seine

schon angegriffene Gesundheit unermüdlich tätig war. Hier hat er sich selbst ein unvergängliches Denkmal gesetzt.

Nicht nur seine Freunde werden ihn vermissen; die Lücke, die sein Tod in die Reihen der schwer ersetzbaren sozialen Gestalter unserer Zeit riss, wird kaum auszufüllen sein. An seiner Bahre trauern neben seinen Freunden die vom Schicksal Verfolgten unseres Volkes, die einen unermüdlich sorgenden Helfer verloren haben.

+ + +

Diplomatische Bräunen für die SPD?

(sp) Aussenminister Adenauer verkündete, er wolle auch die sozialdemokratische Opposition am Auswärtigen Dienst beteiligen. Das ist zunächst eine konventionelle Erklärung, deren Wert erst beurteilt werden kann, wenn bekannt ist, an welcher Art der Beteiligung der Aussenminister denkt. Unter den Abteilungschefs des "Auswärtigen Amtes" und den Generalkonsuln in den für die Bundesrepublik wichtigsten Ländern, befindet sich zunächst kein Sozialdemokrat.

Die Besetzungen erfolgten bisher im Aussendienst primär nach Gesichtspunkten vielerlei "Paritäten" und in der bisherigen "Dienststelle für das Auswärtige" nach fachlichen Gesichtspunkten, deren subjektive Bestimmung die Männer und Frauen, die der SPD angehören oder ihr nahe stehen, nicht gerade einbezog. Sollte der Kanzler bzw. der Aussenminister in seine verschiedentlich demonstrierte Neigung, Freunde oder Männer, die in Opposition zu ihm stehen, in eine möglichst weite Ferne und auf möglichst zweitrangige Posten zu schicken, auch die SPD einbeziehen wollen, so wäre das kein Plan, über den gesprochen werden könnte. Sollte es der Aussenminister anders meinen und im Verlauf des Aufbaus des "Bundesministeriums für das Auswärtige" und der Umwandlung der Generalkonsulate in Botschaften oder "diplomatische Vertretungen" eine angemessene Beteiligung der SPD anstreben, so wird über Grundlagen und Ausmass dieser Beteiligung zu sprechen sein. Wenn es das Ziel der Einbeziehung der SPD sein soll, dem Auswärtigen Dienst eine grösstmögliche Stabilität zu geben, würde eine Geste in der Richtung auf Südamerika bestimmt nicht genügen. Es geht doch nicht um Posten, sondern es geht um so sehr viel Grundsätzliches, für das die Posten nur ein sichtbarer Ausdruck sind. Das ist Grund genug, die Frage nicht weiter so zu behandeln, als sollte die Opposition lediglich für die Besetzung der Vertretungen in einigen fernen und kleinen Ländern "in Betracht gezogen werden".